
Detlef Hensche

Multimedia

Verheißungen und Sorgen

Dr. Detlef Hensche, geb. 1938 in Wuppertal, ist seit 1992 Vorsitzender der IG Medien.

Messe- und Kongreßveranstalter, Verfasser politischer Grußworte, Wirtschafts- und Forschungsminister und andere Trendsetter haben ihr Thema: Multimedia. Lange nicht mehr hat eine technologische Entwicklung Phantasie und Geschäftssinn so angeregt wie derzeit die Vision einer Informationsgesellschaft. Dank Digitalisierung und weltweit verbundener Netze stehen uns Ferneinkauf, Telebanking, interaktives Fernsehen, Fernunterricht und Ferndiagnose und der jederzeitige Zugriff auf Datenbanken in aller Welt ins Haus. Bundeswirtschaftsminister Rexrodt gerät ins Schwärmen: „Die Menschen können zu jedem Zeitpunkt überall in der Welt miteinander kommunizieren!“

Gemacht wird, was sich rechnet

Gegenüber all diesen Prophezeiungen ist zuallererst Nüchternheit geboten. Richtig ist allerdings: Die Technik der elektronischen Speicherung, Verarbeitung und Verbreitung von Informationen hat dank Digitalisierung und Vernetzung einen Sprung nach vorne getan, der in der Tat all das, was derzeit diskutiert wird, möglich macht. Doch was wirklich wird, folgt zunächst einmal anderen Gesetzen, vornehmlich denen der Ökonomie. Und die besagen: Gemacht wird, was sich rechnet. Danach sind folgende Nutzungen wahrscheinlich:

- Rationalisierung einschließlich neuer Formen der Arbeitsorganisation (Telearbeit),
- zusätzliche Wege und Vertriebsformen der Fernsehunterhaltung,
- neue Angebots- und Bestellformen für Versandhandel und Touristikunternehmen.

Schließlich wird ein allmählich wachsender Kreis der Wissenden und Zahlenden in vielfältige und grenzüberschreitende Kommunikation eintreten; dieser Kreis wird sich, statt Fachzeitschriften und Nachschlagewerke zu nutzen, in Datenbanken und Bibliotheken einwählen, seine geschäftlichen Dienste anbieten etc. Desgleichen wird der Informationsaustausch zwischen Universitäten, wissenschaftlichen Instituten ebenso wie zwischen Unternehmen und Betrieben schneller, umfangreicher und reichhaltiger sein.

Doch für ein umfassendes Bildungs- und Informationsangebot an jedermann fehlt der kaufkräftige Markt. Schon deshalb wird die Technik von Digitalisierung und Vernetzung nicht gleichsam im Selbstlauf die Demokratisierung des Informationszugangs verwirklichen. Und daß neue Formen des Unterhaltungsangebots im Fernsehen nicht zu neuer Qualität führen, wissen wir spätestens, seit die Verheißungen der Privatisierungsdebatte durch die triviale und bisweilen geschmacklose Wirklichkeit des Kommerzfernsehens widerlegt wurden.

Rationalisierung ist Trumpf

Dennoch wird die neue Informationstechnik Veränderungen auslösen. Ihre Richtung zu bestimmen und Gefahren zu vermeiden, setzt politische Gestaltung voraus; und zwar heute - morgen könnte es zu spät sein.

Ein erheblicher Teil unserer täglichen Arbeit besteht darin, Informationen zu sammeln, zu verarbeiten, zu speichern und anderen zu übermitteln. Für diese Tätigkeit bringt die neue Informationstechnik einen Modernisierungssprung von erheblichem Ausmaß. Dabei handelt es sich nicht zuletzt um Prozeßbeschleunigungen und um die Einsparung menschlicher Arbeitsvollzüge, also um Rationalisierungen. Schon deshalb hegen die Voraussagen einer wundersamen Arbeitsplatzvermehrung neben der Sache. Neue Arbeitsplätze, die der Wachstumsmarkt des Kommunikationswesens in der Tat entstehen läßt, werden bestenfalls die Verluste ausgleichen, die die gleiche Technik andernorts erzeugt.

In der Druckindustrie drohen beispielsweise Beschäftigungsverluste in der Druckvorstufe in Höhe von 20.000 oder gar mehr Arbeitsplätzen - und zwar als unmittelbare Technikfolge. Noch größer dürften die Verluste sein, wenn es der Druckindustrie nicht gelingt, den Anschluß an die technische Entwicklung zu finden und als Mediendienstleister neuartige Formen der Informationsverbreitung anzubieten. Wenn die Fachzeitschrift oder das Nachschlagewerk morgen auch als CD-Rom angeboten werden und übermorgen der unmittelbare Zugriff auf stets aktualisierte Datenbanken möglich ist, wenn der Katalog des Versandhandelunternehmens schrittweise durch die gleiche Technik ersetzt wird, wenn Ausschreibungen, behördliche Bekanntmachungen, Sonderangebote eines Warenhauses nicht nur auf bedrucktem Papier, sondern über elektronische Netze verbreitet werden - sollte dies auch Ansporn für eine Branche sein, die gestern noch das Monopol der Informationsverbreitung hatte, auch auf neuen Märkten präsent zu sein. Die IG

Medien drängt auf neuartige Arbeitsformen, neue Berufsbilder und Weiterbildung, da ohne die arbeitenden Menschen und deren Kreativität der Sprung in neue Märkte nicht möglich ist.

Tele-Arbeit: der Arbeitsplatz im Wohnzimmer

Ein Kennzeichen moderner Informationsverarbeitung ist die tendenzielle Orts-Ungebundenheit. Vernetzung und PC machen die ständige physische Anwesenheit im Betrieb zumindest zeitweise entbehrlich. Bis zu 90 Prozent der Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor sollen potentiell ortsungebunden, also „virtualisierbar“ sein, wie - sicher etwas zu vollmundig - verbreitet wird. Jedenfalls wird Tele-Heimarbeit an Gewicht gewinnen. Das bietet durchaus Chancen. Der eigene Dispositionsspielraum kann wachsen; man muß nicht täglich streßvolle Wege ins Büro auf sich nehmen; der Kontakt zur Familie kann lebendiger werden.

Doch das ist nur die eine Seite. Daneben steht und fällt der Arbeitsprozeß mit dem regemäßigen, nicht formalisierten Austausch von Fragen, Informationen, Ideen. Er lebt von Dialog und Widerspruch. Ebenso hängt die soziale Sinnhaftigkeit der Arbeit für jeden einzelnen nicht zuletzt mit Kontakten und Kollegialität, mit Bestätigung, Anerkennung und Einsicht in den Wert des eigenen Arbeitsbeitrags zusammen. Die soziale Isolation, die Verbannung der ehemals gemeinsamen Arbeit in die Klausur des PC-Arbeitsplatzes im eigenen Wohnzimmer ist alles andere als erstrebenswert.

Die Gewerkschaften werden in den nächsten Jahren sehr brutal mit der Erkenntnis konfrontiert, daß unser System des Arbeits- und Sozialrechts sowie die Entwicklung gewerkschaftlicher Gegenmacht am Vorbild der betrieblichen Arbeit - vor allem im industriellen Großbetrieb - entwickelt wurden. Telearbeit entzieht sich dieser überkommenen Gestaltung. Entgegen allen Deregulierungsversprechen gilt jedoch: Die Verlässlichkeit des arbeits- und sozialrechtlichen Schutzes ist eine Errungenschaft, die nicht davon abhängen sollte, wo sozial abhängige Arbeit geleistet wird, im Betrieb oder zu Hause. Ja, die Schutzbedürftigkeit der (schein-)selbständig Arbeitenden ist oft größer als die der betrieblichen Arbeitnehmer. Demzufolge muß der Betriebsrat über die Auslagerung betrieblicher Arbeit in Telearbeit einschließlich der damit verbundenen Gestaltung der Arbeitsorganisation mitbestimmen. Telearbeiter müssen das Recht erhalten, regelmäßigen Kontakt mit der betrieblichen Arbeit zu wahren; sie dürfen von Fortbildungsangeboten nicht ausgegrenzt werden; Bezahlung, Urlaub und vieles andere mehr bedürfen tarifvertraglicher Normierung. Auch des Recht auf Rückkehr an einen betrieblichen Arbeitsplatz sollte Bestandteil einer Telearbeitsordnung sein. Und vor allem: Telearbeiter müssen den Schutz der Sozialversicherung genießen; schon aus Gründen der Finanzierung unserer Sozialsysteme ist mittelfristig die Einbeziehung arbeitnehmerähnlicher Beschäftigter unabweisbar.

Auch international sind Standards zu entwickeln, um krasse Formen des Sozialdumpings zu unterbinden. Heute schon besorgen arbeitslose Lehrer in Indien Texterfassung und Satzgestaltung für wissenschaftliche Werke, die später in Europa oder andernorts gedruckt werden. Der Datentransfer, derzeit noch über Diskette und Flugzeug, wird morgen über Leitungen in Minutenschnelle vollzogen sein.

Pflege des gedruckten Worts

Ein anderes Beispiel bietet die Gestaltung des Informationszugangs. Zwar besteht kein Anlaß, Katastrophenszenarien zu entwickeln. Auch morgen noch wird es das gedruckte Medium geben, das Buch, die Zeitung und die Zeitschrift. Doch im täglichen Zeit- und Finanz-Budget jedes einzelnen werden die Anteile für das gedruckte Wort gegenüber elektronischen Angeboten, insbesondere der audiovisuellen Unterhaltung, weiter zurückgehen. Dieser Trend wird gesellschaftliche Wirkungen zeitigen, die letztlich auch die intellektuellen und kommunikativen Voraussetzungen der demokratischen Willensbildung berühren. Die Erklärungsleistung des gedruckten Wortes ist wirkungsvoller, Lesen erfordert eine andere geistige Leistung, ja Anstrengung als das mehr oder weniger passive Eintauchen in die fiktiven Welten von Unterhaltungsfilm - wobei man sich allerdings im Zeitalter der Boulevardpresse vor Idealisierungen hüten muß. Daher gilt es, das gedruckte Wort, seine Verbreitung und seine Lektüre zu fördern. Das ist durchaus nicht neu, wie beispielsweise die reduzierte Mehrwertsteuer und der subventionierte postalische Pressevertrieb beweisen. Andere Wege sind denkbar, von der Förderung öffentlicher Bibliotheken, den vielfältigen Initiativen, sie den Bürgern näherzubringen, bis hin zu Dichterlesungen im Fernsehen, wie jüngst vom Verband deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Medien vorgeschlagen.

Gefahr sozialer Polarisierung

Mit dem elektronischen Informationsangebot verbindet sich die Frage nach den Zugangsbedingungen. Es gilt, neuen sozialen Hierarchien vorzubeugen. Die alte Polarisierung nach Einkommen und Besitz wird ergänzt durch eine neue Spaltung nach dem Grade der Informationsteilhabe. Neu ist das nicht. Die hymnische Prophezeiung Rexroths, daß alle Menschen zu jedem Zeitpunkt überall in der Welt miteinander kommunizieren werden, steht im bitteren Widerspruch zu der sozialen Wirklichkeit, daß heute schon mehr als die Hälfte der Menschheit nicht die geringste Chance hat, ein Telefon in die Hand zu nehmen; um wieviel mehr werden sie ausgegrenzt werden von PC-Nutzung, Mailbox, Netzzugang etc.

Wer solcher Polarisierung gegensteuern will, muß die Anwendungsbedingungen demokratisieren, vor allem Wissen und Zugangskennnisse verallgemeinern. Wenn es richtig ist, daß in den Ländern des industrialisierten Nordens PC und Notebook für künftige Generationen zur Grundausstattung gehören, muß auch das Handhabungswissen vermittelt werden, und zwar als

Bestandteil der schulischen Allgemeinbildung. Dies verhindert zwar nicht per se die Herausbildung von Informationshierarchien, kann jedoch die Grenzen durchlässiger machen.

Medienkonzentration und öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Ebenso wichtig erscheint die Gestaltung der Zugangsvoraussetzungen für die Betreiber. Damit bewegen wir uns zum Teil auf dem Feld der klassischen Medienpolitik. Es ist durchaus kein *Zufall*, daß dieser Tage wieder einmal der öffentlich-rechtliche Rundfunk zur Disposition gestellt wird; würde er verkümmern, erhöhten sich die Marktchancen für kommerzielle Angebote.

Bei alledem soll gar nicht unterstellt werden, daß überall politische Drahtzieher am Werk sind, die nichts mehr im Sinne haben, als die Menschen täglich zu manipulieren, obwohl Murdoch und andere nicht nur für Kapital und Rendite stehen, sondern auch für ein - konservatives - Programm. Doch vergessen wir einmal die politischen Akteure und Sympathisanten wie Berlusconi und Kirch und betrachten das ganz normale Geschäft mit der täglichen Nachricht: Jede Information lebt von der Auswahl, der interpretierenden Verarbeitung und Vereinfachung der Wirklichkeit. Sie ist damit nicht frei von der Gefahr der Verzerrung. Das gilt für Leitbilder, die über die Unterhaltung und über die Werbung transportiert werden, wie für die Nachricht im engeren Sinne. Im Unterschied zum geschriebenen und gesprochenen Wort tritt das Fernsehen mit dem Anspruch höchstmöglicher Authentizität auf - und bietet doch nur jämmerlich kleine Ausschnitte der komplexen und komplizierten Wirklichkeit. Zwingt das geschriebene Wort dem Leser noch die geistige Leistung ab, sich aus der Sprache wieder eine Vorstellung der Wirklichkeit zu machen, überfällt der Filmbericht den Zuschauer unvermittelt und distanzlos. So entsteht eine Fernsehwelt neben der Wirklichkeit.

Wenn Informationen, Bildung, Kultur und Unterhaltung, sofern sie der Allgemeinheit auf elektronischem Wege angeboten werden, aufs engste mit den Chancen demokratischer Willensbildung zusammenhängen, müssen sie frei sein von kommerzieller Instrumentalisierung und erst recht frei von unkontrollierbarer privater Macht. Die Verteidigung und der Ausbau des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bleiben daher vorrangige Aufgabe. Die Gebührenfinanzierung sowie eine angemessene Gebührenerhöhung gehören dazu. Daß die Rundfunkanstalten sich selbst durch qualitativ gutes Programm täglich zu legitimieren haben, versteht sich von selbst.

Ein anderes Streitiges Thema betrifft die Frage: welche Angebote sind Rundfunk, welche nicht. Es liegt auf der Hand, daß Medienunternehmer und andere Anbieter neue Informationstechniken zur Einschränkung des Rundfunkbegriffs nutzen werden. Desto ungebundener sind sie bei der Ausgestaltung. Zugegeben, hier und da mögen die Grenzen fließen. Doch wenn und solange sich elektronische Botschaften an ein unbestimmtes Publikum wenden, handelt es sich um Rundfunk, und zwar aus gutem Grund. Eine Sen-

dung ändert weder durch die Form des Abrufs noch durch die Art des Anbieters ihren Charakter; auch Abruf-Fernsehen etc. ist Rundfunk.

Die Rolle der Medien hängt nicht zuletzt von ihrer inneren Verfassung ab. Die im Interesse der Demokratie notwendige Unabhängigkeit der Medien jeweils an der Oberfläche bzw. Spitze weniger Konzerne enden zu lassen, wäre eine Narretei. Je weniger die Vielfalt durch eine große Zahl untereinander konkurrierender Marktteilnehmer hergestellt wird, je geringer die Marktzutrittschancen für Newcomer sind, um so mehr gilt es, die Freiheit der Information, Bildung und Unterhaltung durch die Unabhängigkeit von Redaktion und Programmachern zu gewährleisten. Das umschließt Mitwirkungsrechte, Qualifizierung und solche Arbeitsbedingungen, die Zeit und Entfaltungsräume für sorgfältige Recherche und Programmerstellung ermöglichen.

Schließlich zwingt die Konzentration zu nationalen und internationalen Regeln der Konzentrationskontrolle. Die traditionelle medienpolitische Debatte kennt seit langem Begriffe wie Netzneutralität und Verbot von „cross-ownership“. Sie gilt es weiter auszubauen und zur Grundlage handhabbarer Gestaltungsoptionen zu machen. Konkret: Wenn es heute schon Sorgen bereitet, daß ein Filmhändler Presse- und Rundfunkunternehmen beherrscht oder ein Medienmogul eine politische Partei ins Leben ruft, um wieviel mehr müssen dann die Warnlampen angehen, wenn sich international führende Gerätehersteller an Funk- und Fernsehproduktionen beteiligen oder Fernsehunternehmen Übertragungswege unter ihre Herrschaft bringen. Hier sind Wettbewerbsregeln vonnöten - ehe es zu spät ist. Die Geschichte der medienpolitischen Gestaltungsversuche zeigt, daß private Medienmacht, ist sie erst einmal errichtet, nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Bestenfalls der Status quo läßt sich festschreiben; auch das lohnt die Mühe.

Gegenwärtig ist die Technik der künftigen Kommunikation allgemeines Debattenthema. Es ist zu hoffen, daß im Rausch wohlklingender Verheißungen und in der Goldgräberstimmung einer Wachstumsbranche die demokratische Relevanz der künftigen Medienordnung nicht aus dem Blick gerät. Denn eines ist unbestreitbar: Demokratie, Reform- und Politikfähigkeit moderner Gesellschaften stehen und fallen mit der Ordnung ihrer Medien. Und wenn Kommunikation im ursprünglichen Wortsinne den Dialog in der Gesellschaft, also von Mensch zu Mensch und nicht zur Maschine, meint, sind Nachdenklichkeit und politische Gestaltung notwendig, damit die Informationsgesellschaft nicht am Ende das Gegenteil ihrer Versprechungen hervorbringt: Isolation statt Kommunikation.